

Kommission für Rechtsfragen  
CH-3003 Bern

Bern, 21. Juni 2019  
13.468 Ehe für Alle / DD

per Email an: [debora.gianinazzi@bj.admin.ch](mailto:debora.gianinazzi@bj.admin.ch)

### 13.468 n Pa.Iv. Fraktion GL. Ehe für alle: Vernehmlassungsantwort der FDP.Die Liberalen

Sehr geehrte Damen und Herren

Für Ihre Einladung zur Vernehmlassung oben genannter Vorlage danken wir Ihnen. Gerne geben wir Ihnen im Folgenden von unserer Position Kenntnis.

FDP.Die Liberalen spricht sich für die Öffnung der Ehe gemäss der Variante des Vorentwurfs aus. Kern des Liberalismus ist die Überzeugung, dass alle Menschen ihr Leben so gestalten können, wie sie es für richtig halten. Dies gilt auch und insbesondere für das Privatleben. Eine konservative Auslegung der Ehe mit einer Diskriminierung von gleichgeschlechtlichen Paaren widerspricht dieser Überzeugung klar. Mit der Einführung der eingetragenen Partnerschaft und der Möglichkeit der Stiefkindadoption für eingetragene Partner wurden bereits wichtige Schritte gegangen, welche die FDP mitgetragen hat. Es besteht jedoch noch Handlungsbedarf. Zwischen einer eingetragenen Partnerschaft und einer Ehe bestehen noch Unterschiede, die einer Rechtfertigung entbehren. Diesen diskriminierenden Zustand gilt es zu beseitigen. Das zivilrechtliche Institut der Ehe für gleichgeschlechtliche Paare zu öffnen, ist daher der richtige, längst überfällige, nächste Schritt.

Den Bereich der Hinterlassenenrente, lässt der Vorentwurf bewusst aus. Diesen Entscheid unterstützt die FDP, da mit diesen Fragen weiterführende rechtsbereichsübergreifende Abklärungen und Überlegungen verbunden sind, die den Rahmen dieser Vorlage sprengen und einer raschen Öffnung der Ehe für gleichgeschlechtliche Paare im Wege stünden. Sie sind jedoch baldmöglichst in einem nächsten Projekt anzugehen. Dem Anliegen einer raschen Öffnung der Ehe dient auch die Umsetzung auf Gesetzesebene. Im Sinne der Verwaltungseffizienz begrüsst die FDP zusätzlich die im Vorentwurf vorgesehene Möglichkeit, eine bestehende eingetragene Partnerschaft ohne grossen bürokratischen Aufwand in eine Ehe umzuwandeln. In diesem Zusammenhang wäre auch an die Einführung eines PACS zu denken.

#### Zugang zur Samenspende

Die Ehe zu öffnen, bedeutet das Institut der Ehe bezüglich seiner Rechte und Pflichten unangetastet zu lassen und lediglich den Kreis der zur Eingehung der Ehe Berechtigten um gleichgeschlechtliche Paare zu erweitern. Es sollen damit Diskriminierungen beseitigt und nicht neue begründet werden. Daher ist es essentiell, dass verheiratete gleichgeschlechtliche Paare alle Rechte und Pflichten erlangen, die verschiedengeschlechtlichen Ehepaaren zukommen. Es sei denn es bestünden sachliche Gründe für eine Unterscheidung. Die FDP unterstützt daher die Variante der Vorlage, welche den Zugang zur Samenspende für gleichgeschlechtliche weibliche Paare und damit verbunden die originäre Elternschaft ermöglicht. Es ist kein Grund ersichtlich, warum gleichgeschlechtliche Ehepaare in dieser Frage anders behandelt werden sollten als verschiedengeschlechtliche. Die originäre Elternschaft, welche ermöglicht, dass das Kind von Geburt an zwei rechtliche Elternteile hat, ist zudem für das Kindeswohl zentral und erspart dem Paar den zeitlichen, finanziellen und administrativen Aufwand, den Umweg über eine Stiefkindadoption gehen zu müssen. Dem Argument, dass mit dieser Regelung gegenüber Männerpaaren eine Diskriminierung hergestellt wird, kann nicht gefolgt werden. Die Regelung diskriminiert Männerpaare gegenüber Frauenpaaren genauso wenig wie sie Ehepaare, bei denen der

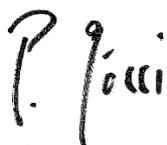
biologische Unfruchtbarkeitsgrund bei der Frau liegt, gegenüber Ehepaaren, die von männlicher Unfruchtbarkeit betroffen sind, diskriminiert. Für die unterschiedliche Behandlung liegt in beiden Fällen ein sachlicher Grund vor, nämlich die biologische Unmöglichkeit ein Kind mittels einer Samenspende zu zeugen.

Wir danken Ihnen für die Gelegenheit zur Stellungnahme und für die Berücksichtigung unserer Überlegungen.

Freundliche Grüsse

FDP.Die Liberalen

Die Präsidentin

Handwritten signature of Petra Gössi in black ink.

Petra Gössi  
Nationalrätin

Der Generalsekretär

Handwritten signature of Samuel Lanz in black ink.

Samuel Lanz